

Ärzteverband fordert Rücktritt von Karl Lauterbach

Der Ärzteverband Hippokratischer Eid sowie verbandsunabhängige Mediziner erheben schwere Vorwürfe gegen Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach, den sie zum Rücktritt auffordern. Anlass der Rücktrittsforderungen war eine Äußerung des Ministers in einer öffentlichen Rede u.a. vor Pflegekräften in Magdeburg am 22. Juni 2022. Dabei sprach Lauterbach Pflegekräften, die gegen eine Impfpflicht Stellung bezogen haben, pauschal ab, einen wirksamen Beitrag zur Pandemiebekämpfung geleistet zu haben.

Der bayerische Epidemiologe Dr. Friedrich Pürner schrieb daraufhin bei Twitter, Lauterbach sei ein „Spalter der Gesellschaft“, und er erhob auch bereits eine Rücktrittsforderung: „Bitte entschuldigen Sie sich für Ihre verletzende Aussage und treten Sie zurück. Was Sie veranstalten, ist unwürdig.“

In einem am 5. Juli 2022 veröffentlichten Offenen Brief an deutsche Spitzenpolitiker, allen voran an den Bundespräsidenten, bezeichnen die Ärzte vom Verband „Hippokratischer Eid“ die Magdeburger Äußerungen Lauterbachs als für einen Minister „nicht würdig“. Sie kritisierten zudem, Lauterbach würde Berichten über Impfnebenwirkungen nicht nachgehen. Der Verband zweifelt zudem Lauterbachs Unabhängigkeit an, weil der Minister 12 Jahre lang zusammen mit der Bertelsmann-Erbin und Milliardärin Liz Mohn dem Aufsichtsrat der privatwirtschaftlichen Rhön Klinikum AG angehörte. Sie werfen ihm vor, „Wegbereiter der von vielen Menschen im Land als gesundheitsgefährdend erlebten Ökonomisierung des Gesundheitswesens“ zu sein.

Manfred Rouhs



Corona greift die Lunge an - und viele Aktivitäten gegen Corona gefährden das Herz.

Menschen sterben in der Gefangenschaft:

Corona, die Impfung und der plötzliche Herztod

Den plötzlichen Herztod gab es auch schon vor Corona. Aber seit Corona tritt er häufiger auf als früher. Impfgegner machen ein Protein, das Bestandteil der Corona-Impfstoffe ist, für den Anstieg der Fallzahlen verantwortlich. Sie stützen sich dabei auf Veröffentlichungen des US-amerikanischen Intensivmediziners Dr. Pierre Kory.

Die Abfolge der Ereignisse ist immer die gleiche: Am Anfang steht eine Herzmuskelentzündung. Die ist meist heilbar und regelmäßig selbst nicht tödlich. Aus ihr folgen aber Herzrhythmusstörungen. Und die können der erste Schritt zum Aussetzen der Herztätigkeit sein - mit plötzlichen, unerwarteten, tödlichen Folgen. Dazu schreibt die Zeitung „Epoch Times“:

„Seit der Einführung der Corona-Impfung häufen sich in den Nachrichten die Berichte über junge, gesunde und oft sportliche Menschen, die 'ohne Grund' sterben, und die Ärzte geben an, darüber 'verwirrt' zu sein. Ärzte und Wissenschaftler in Australien fordern sogar alle Menschen unter 40 Jahren auf, ihr Herz

untersuchen zu lassen, selbst wenn sie gesund und fit seien. Jeder denkende Mensch hingegen kann den Zusammenhang zwischen der Impfung, die bekanntermaßen Herzentzündungen hervorruft, und dem Anstieg der plötzlichen Todesfälle bei jungen und gesunden Menschen klar erkennen.“

Dabei bleiben allerdings zwei Faktoren ausgeblendet:

Zum einen ist unstrittig, dass eine Coronaerkrankung den Herzmuskel angreifen kann. Zu untersuchen wäre also, ob der plötzliche Herztod verstärkt bei Menschen auftritt, die von einer Coronaerkrankung genesen sind.

Und dann ist Bewegungsmangel unstrittig und medizinisch gesichert ein Risikofaktor für den plötzlichen Herztod. Wer eingesperrt lebt und den Gang an die frische Luft geschweige denn unter Leute meidet, um Richtlinien zu befolgen und sich nicht zu infizieren, erhöht dadurch also ebenfalls sein Risiko, am plötzlichen Herztod zu sterben.

Schriftliche Äußerung als Beschuldigte(r)

Sehr geehrt _____

Ihnen wird vorgeworfen, folgende Straftat(en) begangen zu haben:

Straftat(en)/Verletzung Bestimmung(en) Ausstellen sonstiger unrichtiger Gesundheitszeugnisse gem. § 278 StGB (§ 278 StGB)	Versuch Nein
Tatzeit am/Tatzeitraum von (Wochentag, Datum) (Jhrzeit) bis (Wochentag, Datum, Uhrzeit) Donnerstag, _____ Uhr	
Tatort (PLZ, Ort, Gemeinde, Kreis, Straße/Platz, Hausnummer, Stockwerk, AG-Bezirk, Kilometer, Richtungsfahrbahn) 51379 Leverkusen, Opladen, _____	

Ihnen wird hiermit nach § 163a Abs. 1 Satz 2 Strafprozessordnung (StPO) Gelegenheit gegeben, sich zu der/den Beschuldigung(en) zu äußern.

Sie werden gebeten, den beiliegenden Äußerungsbogen in gut leserlicher Form ausgefüllt (Block- oder Maschinenschrift) und unterschrieben **innerhalb von zwei Wochen ab Zugang dieses Schreibens** an die angegebene Polizeidienststelle zurück zu senden.

Bemerkungen
Tatvorwurf: Sie werden beschuldigt, Herrn Dr. _____ zur Ausstellung eines unrichtigen Gesundheitszeugnisses (im vorliegenden Fall eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung) zur oben genannten Tatzeit angestiftet zu haben.

0112 NRW 2307

Straftat-Vorwürfe per Rundbrief an Tausende Impfunwillige treiben die Entfremdung zwischen Bürger und Staat voran.

Corona-Diktatur?

Massen-Strafverfahren gegen Impfunwillige im Rheinland



Die Staatsanwaltschaft im rheinischen Leverkusen ermittelt gegen mehrere tausend Bürger, denen vorgeworfen wird, sich durch die Nutzung unrichtiger Gesundheitszeugnisse einer Coronaimpfung entzogen zu haben. Die

Massen-Strafverfahren stehen im Zusammenhang mit dem rigorosen Vorgehen der Strafjustiz gegen einen Arzt in Leverkusen-Opladen, der einer großen Zahl von Menschen bescheinigt hat, dass sie aus gesundheitlichen Gründen berechtigt

sind, eine angebotene Coronaimpfung zurückzuweisen.

Der Arzt wurde verhaftet, seine Praxis wurde von der Polizei gestürmt. Ihm ist mittlerweile die Approbation entzogen worden. Er darf also seinen Beruf nicht mehr ausüben, seine wirtschaftliche Existenz ist zerstört.

Bei den Strafverfolgungsmaßnahmen gegen den Arzt ist dessen Patientenliste mit mehreren tausend Datensätzen beschlagnahmt worden. Alle Betroffenen, die sich von dem in Rede stehenden Arzt irgendetwas im Zusammenhang mit Corona haben bescheinigen lassen, sind jetzt selbst Beschuldigte in einem Strafverfahren. Das berichtet der „Express“.

Dem Bericht zufolge hat eine Zahl von Personen, die sich im vierstelligen Bereich bewegt, einen Serienbrief der Strafermittler erhalten, mit dem sie dazu aufgefordert werden, sich zu den Vorwürfen zu äußern. Der Staat will offenbar Stärke zeigen und klarmachen, dass jeder, der in Sachen Corona aus der Reihe tanzt, mit spürbaren Sanktionen zu rechnen hat.

Das wirft zwei Fragen auf:

Warum sind ärztliche Atteste, die einen Menschen als impfuntauglich ausweisen, so brisant? Hatte es nicht immer geheißen, die Impfung sei nur ein Angebot und vollkommen freiwillig? Wehe dem, der solche Ankündigungen wörtlich nimmt!

Gab es nicht mal so etwas wie eine „ärztliche Schweigepflicht“? Ein besonderes Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient? Falls ich insgeheim Blut kotzen sollte, wem könnte ich das denn jetzt noch anvertrauen?

Der Staat verliert immer mehr das Vertrauen seiner Bürger. Massen-Strafverfahren gegen impfunwillige Menschen beschleunigen den Prozess der Entfremdung zwischen Bürger und Staat.

► Der deutsche Staat ist in keiner guten Verfassung. Seine Sicherheitskräfte ziehen sich immer mehr aus dem öffentlichen Raum zurück. Gehen Kriminelle besonders dreist vor, dann sind diese Sicherheitskräfte häufig nicht einmal in der Lage, ihre eigenen Immobilien und ihren Fuhrpark zu schützen. So sind in Berlin schon mehrfach von eingezäunten Parkplätzen der Polizei sichergestellte Kraftfahrzeuge gestohlen worden. Die Täter brechen also bei der Polizei ein, steigen auf dem Polizeigelände in ein Auto ein und fahren damit davon - was der Polizei in vielen anderen Ländern der Welt bestimmt peinlich wäre.

Nicht so in Deutschland. Da wird deeskaliert. Am 23. August 2022 leistete sich die Polizei im rheinischen Monheim einen Einsatz, der in den USA, Russland oder China so schwer vorstellbar wäre. Und dazu gab die Behörde sogar eine Presseerklärung heraus:

„Um kurz vor 10 Uhr morgens hatte der Mann einen größeren Supermarkt am Ernst-Reuter-Platz im Berliner Viertel in Monheim am Rhein aufgesucht. Dort trank er dann eine Flasche Bier aus einem Regal leer, wobei er von einem Zeugen beobachtet wurde. Als der Zeuge den Mann auf sein Verhalten hin ansprach, warf dieser die Bierflasche auf den Zeugen, wodurch dieser aber glücklicherweise nicht verletzt wurde. Danach warf der Mann in dem Laden noch weitere Bierflaschen umher, eher er nach draußen rannte.

Hier kletterte er auf zwei Streifenwagen der direkt gegenüberliegenden Monheimer Polizeiwache, wobei er nun von den jeweiligen Motorhauben auf die Frontscheiben sprang, die dabei zerbarsten (Foto). Unmittelbar danach griff der Mann dann auch noch einen älteren



Herren an, der zufällig als Passant Zeuge des Vorfalls geworden war.

Glücklicherweise konnte ein Polizeibeamter aus der Monheimer Polizeiwache den Randalierer schnell überwältigen, bevor es zu weiteren Angriffen oder Straftaten kommen konnte.

Die Konsequenzen für den bereits mehrfach polizeilich in Erscheinung getretenen Monheimer:

Er wurde festgenommen und der Polizeiwache Monheim zugeführt. Da sich der Verdacht ergab, dass sich der als Betäubungsmittelkonsument bekannte Mann unter dem Einfluss von Drogen befand, wurde ihm zur weiteren Beweisführung eine ärztliche Blutprobe entnommen. Ferner konnte die Polizei ermitteln, dass sich der 21-Jährige schon häufiger in einer psychiatrischen Behandlung befunden hatte. Nach Rücksprache mit den zuständigen Stellen der Stadt Monheim am Rhein wurde der Mann daher zwangsweise einer psychiatrischen Einrichtung zugeführt. Zudem wurden entsprechende Ermittlungsverfahren gegen ihn eingeleitet.

Die beiden Streifenwagen der Polizei, bei denen es sich um einen Ford S-Max und einen Mercedes Vito gehandelt hatten, waren nicht mehr einsatzbereit und mussten zur Reparatur abgeschleppt und in eine Werkstatt gebracht werden. Der Sachschaden

Die Polizei wird unsichtbar:

Rückzugsefekte des deutschen Staates



Die Polizei zeigt immer weniger Präsenz im öffentlichen Raum und ist vielerorts kaum mehr in der Lage, ihre eigenen Gebäude und Fahrzeuge zu schützen.

an den Autos beläuft sich auf eine Summe von mehreren Tausend Euro.

Da sich der ältere Herr, welcher von dem Randalierer getreten und geschlagen wurde, während des laufenden Polizeieinsatzes von der Örtlichkeit entfernt hatte, bevor die Polizeibeamten seine Person aufnehmen konnten, ist bislang nicht klar, ob der Mann bei dem Vorfall verletzt wurde. Die Ermittlungen hierzu dauern an.“

Maskenverweigerer fliegen aus dem Staatsdienst

► Der Staat kehrt aus. Er schließt jetzt die Reihen derer fester, die in seinem Dienst stehen. Während Karl Lauterbach in Sachen Corona-Maßnahmen für Herbst und Winter alle Optionen behalten will, bekommt die Politik Rückenwind von der Justiz. Ein Urteil schafft Klarheit: Maskenverweigerer werden im Staatsdienst nicht geduldet.

Eine rheinland-pfälzische JVA-Beamtin, die sich trotz dienstlicher Anordnung weigerte, eine Corona-Schutzmaske zu tragen, ist aus dem Staatsdienst entlassen worden. Dies geschah zurecht, urteilte am 6. Juli 2022 das Amtsgericht Trier (Az. 3 K 802/22). Wenig hilfreich waren für sie in ihrem Verfahren Aussagen über die staatlichen Corona-Maßnahmen, die sie bewertet hatte als „Propagandazirkus, gezielte Angst- und Panikmache sowie gezielte Täuschung des Staates“. So berichtet es die „Legal Tribune Online“.

Erst im März 2022 hatte ihr Dienstherr bei Gericht Klage erhoben, um sie aus dem Staatsdienst entfernen zu lassen. Schon vier Monate später ist ihre Beamtenkarriere beendet. So schnell arbeitet die Justiz selten.

Das Gericht stellt in seinem Urteil dem Bericht zufolge vor allem auf die Gehorsamspflicht der Beamten ab. Zudem hätte sie mit ihren oben zitierten Äußerungen „eindeutig die Grenze der Meinungsfreiheit überschritten“.

Das allerdings lässt aufhorchen. Denn die Justizvollzugsbeamtin vertrat offensichtlich Auffassungen, die wir in der Bevölkerung alle Nase lang zu hören bekommen. Millionen Deutsche teilen offenbar ihre Einschätzungen zur Coronapolitik der Bundesregierung. Das also darf ein Beamter nicht äußern, wenn er weiter seinen Beruf ausüben und seine Pensionsansprüche behalten will?

Ist das noch Demokratie?



Ungeimpfte und Maskenverweigerer werden aus dem Staatsdienst, der Pflege und den medizinischen Berufen entfernt.

Ungeimpfte Arzthelfer werden arbeitslos

► Nicht nur jenen Pflegekräften, die sich nicht impfen lassen wollen, geht es an die wirtschaftliche Existenz. Jetzt sind auch Arzthelfer betroffen. Das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz hat am 2. September 2022 einer Zahnarztmitarbeiterin, die die Impfung verweigert, untersagt, die Praxis ihres Arbeitgebers zu betreten (Az. 6 B 10723/22.OVG). Das berichtet die „Legal Tribune Online“.

Kann sie die Praxis nicht mehr betreten, dann kann sie für den Zahnarzt

auch nicht mehr arbeiten. Sie wird dadurch vor die Wahl gestellt: Impfung oder Verlust des Arbeitsplatzes.

Das Gericht beruft sich bei seiner Entscheidung auf § 20a des Infektionsschutzgesetzes, der vorsieht, dass Menschen, die in Arzt- und Zahnarztpraxen tätig sind, seit dem 15. März 2022 einen Impf- oder Genesenennachweis benötigen. Die Regelung läuft auf ein Berufsverbot für impfunwillige Arzthelfer hinaus sowie für jeden in dieser Branche, der sich aus gesundheitlichen Gründen nicht impfen lassen kann.

Den Ärzten bleibt nichts anderes übrig, als diese Rechtslage umzusetzen - notfalls mit der Androhung von Zwangsgeld für ihre Mitarbeiter. Dadurch wird das besondere Vertrauensverhältnis zwischen dem Arzt und seinen Praxismitarbeitern zerstört. Was bleibt, ist zwischenmenschliche Verwüstung.

Spielt der Arzt nicht mit und wird sein Verhalten bei den Behörden bekannt, dann droht ihm der Entzug der Approbation. Er verliert selbst seine wirtschaftliche Existenzgrundlage. Er muss mitspielen und Druck auf andere ausüben, um im Coronasystem des Jahres 2022 noch eine Chance auf wirtschaftliches Überleben zu haben.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Signal für Deutschland e.V.

Alte Rhinstraße 16, 12681 Berlin

Vorstand nach § 26 BGB: Manfred Rouhs

Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg,

Aktenzeichen VR 36107 B

V.i.S.d.P.: Manfred Rouhs, Druck: Eigendruck

Dauerbezug nur für Mitglieder. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag von EUR 60,00 jährlich enthalten.



Kein Schatz mehr im Silbersee: „Winnetou“ und die „Indianer“ werden wegzensuriert

▶ Als Karl May im 19. Jahrhundert seine mittlerweile weltbekannten Indianergeschichten schrieb und veröffentlichte, schöpfte er nicht aus Erfahrungen, sondern aus seiner blühenden Phantasie und aus Erzählungen von Amerika-Heimkehrern, deren Geschichten er als Kegeljunge von den Besuchern einer Kegelbahn mit halbem Ohr mithörte. So wurde er unfreiwillig zum Urvater der kulturellen Aneignung und des „Blackfacing“.

Erst Anfang des 20. Jahrhunderts bereiste der in die Jahre gekommene Schriftsteller den Orient und den nicht

mehr ganz so wilden amerikanischen Westen. Seine Erzählungen schrieb er danach nicht um: Sie waren und sind bis heute reine Fiktion - Literatur eben, keine Völkerkunde.

Eine derartige Literatur sollte es nach Meinung mancher Gut- und Bessermenschen nicht geben. Zwar fordern sie noch nicht die Verbannung des historischen Karl May ein, aber zumindest ein Nachfolgewerk haben sie im August 2022 erfolgreich geächtet: Der Verlag Ravensburger hat sich entschieden, das Buch zum Kinofilm „Der junge Häuptling Winnetou“ vom Markt zu nehmen.

Der am 11. August 2022 angelaufrte Film ist eine Nachfolgeschichte zu „Winnetou“, bei der es um dessen Sohn geht, der ähnliche Abenteuer erlebt wie sein Vater. Alles frei erfunden im Stil Karl Mays.

Dazu schreibt die B.Z.: „Die Kritik lautet: Rassismus und kulturelle Aneignung!“

Man hüte sich vor Gut- und Bessermenschen im Karneval und beim Fasching. Überall lauern dort der „Rassismus“ und die „kulturelle Aneignung“. Wie lange dürfen die Karl-May-Festspiele in Bad Segeberg noch stattfinden? Ist es zulässig, junge Menschen in der Schule mit Karl May zu konfrontieren? Vielleicht ja kritisch-distanziert und mit erhobenem Zeigefinger?

Derzeit läuft „Der junge Häuptling Winnetou“ im Kinderprogramm mancher Kinos. Wie lange noch?

► Die Groß-Moschee der türkisch-islamischen Union DITIB an der Inneren Kanalstraße in Köln-Ehrenfeld hat einen neuen Imam: Adem Kemaneci, 40, bislang Imam der Bestepe Millet Camii in Ankara. Sein alter Arbeitsplatz gehört zum Präsidentenpalast von Recep Erdogan, mit dem Kemaneci ein besonderes politisches und religiöses Vertrauensverhältnis verbindet.

So ist die politische und religiöse Führung der Türkei endgültig in Deutschland angekommen. Mit dem baulich beachtlichen Großmoschee-Komplex in Köln-Ehrenfeld steht ihr eine umfassende Infrastruktur zur Verfügung zu dem Zweck, ihre Staatsbürger auf deutschem Boden im Blick und notfalls auch im Griff zu behalten. Das türkische Fernsehprogramm, dessen Reichweite an den Satellitenschüsseln der türkischen Haushalte überall in Deutschland abgelesen werden kann, tut ein Übriges, um die sprachliche und kulturelle Parallelwelt der Türken auf deutschem Boden stabil zu halten.

Ausgerechnet die grüne Vizepräsidentin des nordrhein-westfälischen Landtags, Berivan Aymaz (50), gibt sich jetzt besorgt: „Diese Personalie ist ein weiteres Anzeichen dafür, wie sehr Ditib mit Ankara verbunden ist.“ - Das schreibt die „Bild“-Zeitung.

Vor 14 Jahren haben mich ihre Parteifreunde in Köln noch als „Nazi“ beschimpft, weil ich den Bau der DITIB-Großmoschee verhindern wollte. Das Vorhaben wurde uns seinerzeit als selbstverständlich vollkommen alternativloses Integrationsprojekt verkauft. Und der damalige Kölner Überbürgermeister Fritz Schramma war sogar überzeugt, der türkische Prachtbau würde zu einem Begegnungszentrum für Kölner Muslime aller Glaubensrichtungen und sämtlicher Nationalitäten werden, nicht nur zu einer Zweigstelle der staatlichen türkischen Religionsbehörde.

Fritz Schramma und alle anderen Befürworter der Kölner Großmoschee haben die Ziele Ankaras nie verstanden. Erdogan & Co. wollen fremde Territorien in Besitz nehmen. Integration lehnen sie

Manfred Rouhs:

Erdogans Hof-Imam predigt jetzt in Köln



Adem Kemaneci, zweiter von links, im Gespräch mit Recep Erdogan in Ankara. Er predigt jetzt in Köln. | Quelle: Facebook

ab. Den verbliebenen deutschen Nachbarn ihres Prachtbaus bieten sie Türkisch-Kurse an, statt sich einzufügen und selbst Deutsch zu lernen.

Wir, die wir damals gegen den Bau der Kölner Groß-Moschee auf die Straße gegangen sind, haben in jeder Hinsicht Recht behalten!



Kundgebung gegen den Bau der Kölner Großmoschee 2008: „... in jeder Hinsicht Recht behalten.“